

Ein Heft aus der Reihe "Faschismus und Widerstand"

Das Dritte Reich

Beiträge zur faschistischen Terrorherrschaft 1933-45
in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern



Eine Broschuere des Projekts INO
ino.blogspot.de

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort	. Seite 1
II. Konzentrationslager in Mecklenburg-Vorpommern	. Seite 2
III. Hilfe für die „nationale Revolution“? Die deutsche Wirtschaft und die Nazis	. Seite 3
IV. Mythos und Realität: Die „Geheime Staatspolizei“	. Seite 5
V. Frauen im Dritten Reich: der „Bund deutscher Mädel“ (BdM)	. Seite 6
VI. Faschismus als Sprungbrett in die moderne Gesellschaft? Zum Forschungsstand einer Debatte.	. Seite 7

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur Habenahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

I. Vorwort

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht und damit de facto Nazi-Deutschland. Nach sechs langen Jahren des Krieges war ein Morden beendet, welches es so noch nie in der menschlichen Geschichte gegeben hatte. Über 70 Millionen Menschen starben, darunter sechs Millionen Jüd*innen, die mit menschenverachtender Grausamkeit ermordet wurden. Das Anzünden und Brandschatzen ganzer Dörfer und Ortschaften, das Ermorden von Zivilist*innen sowie das Erschießen von Kriegsgefangenen – die Ausplünderung ganzer Landstriche und nicht zuletzt der industriell geführte Massenmord an Millionen Jüd*innen und anderen Minderheiten waren das Ergebnis der Umsetzung der verbrecherischen Ideologie der Nazis.

„Entnazifizierung“? – Verdrängung und fehlende Aufarbeitung nach dem Ende des Krieges

Viele ehemalige NSDAP-Kader und -Mitglieder konnten in der Bundesrepublik eine neue Karriere machen. Sie wurden Richter, Staatsanwälte, Abgeordnete in Parlamenten, Bundesminister oder sogar Bundeskanzler. Die noch nicht weit entfernte Vergangenheit interessierte die westdeutsche Bevölkerung – wenn überhaupt – nur abstrakt, solange die Verbrecher nicht in der eigenen Familie oder im eigenen Freundeskreis zu finden waren. Auch in Ostdeutschland war die Bewältigung der Verbrechen der Nazis nicht einfach. Auch in der späteren DDR konnten Rassismus und Fremdenfeindlichkeit offenbar nicht aus den Köpfen der Menschen verbannt werden. Kurz nach der „Wiedervereinigung“ brannten in vielen ostdeutschen Städten Flüchtlingsheime, wurden Geflüchtete verfolgt und angegriffen. Hoyerswerda, Mölln, Solingen und nicht zuletzt Rostock/Lichtenhagen wurden zu Synonymen für das wiedervereinigte Deutschland in Europa und der Welt.

Aktiv werden gegen Nazis und andere Rassist*innen!

Bereits in den 1960ern gründete sich in der Bundesrepublik die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die bis in die Gegenwart eine der wichtigsten Organisationen der neofaschistischen Szene in der Bundesrepublik spielt. 2012 wurde die rechtsradikale Partei zum zweiten Mal in Folge in den Schweriner Landtag gewählt. Mecklenburg-Vorpommern ist damit ein wichtiges Zentrum der neofaschistischen Rechten. In MV agieren sogenannte „Freien Kameradschaften“ und die NPD eng zusammen, gerade in Vorpommern breiten sich rechte Einstellungen in einem rasanten Tempo aus. In manchen Ortschaften konnten Nazis wieder eine gesellschaftliche Hegemonie aufbauen. Auch rechte Aufmärsche gehören in vielen Teilen MV's zum Alltag. Zunehmend wird der 8. Mai als „Tag der Befreiung“ in Frage gestellt. Gezielt versuchen Nazis die Verbrechen der Wehrmacht, der SS, der Gestapo und anderer Mordtrupps zu relativieren und den Vormarsch der Roten Armee in Mecklenburg und Vorpommern zu stigmatisieren. Rassistische Hetze und Geschichtsverfälschung darf nicht unwidersprochen bleiben. Der industriell geplante und durchgeführte Massenmord an den europäischen Jüd*innen darf genauso wenig vergessen werden, wie die Gräuln und das unendliche Leid des Krieges, die es ohne die deutschen Weltmachtspläne – nicht nur Hitlers – nicht gegeben hätte.

Zum Heft

Diese Broschüre sammelt Hintergrundbeiträge zum Dritten Reich und gibt Einblicke in die Zeit der faschistischen Terrorherrschaft in Deutschlands. In einem Überblick werden zunächst die Standorte und Funktionen der KZ-Außenlager skizziert. Ein weiterer Beitrag beschäftigt sich mit der Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Wirtschaft und zwei Artikel befassen sich mit der berüchtigten Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und der Rolle der Frau im Dritten Reich mit besonderem Augenmerk auf den "Bund deutscher Mädel" (BdM). Den Abschluss bildet ein längerer Abriss zum Forschungsstand der sogenannten "Modernisierungstheorie", einer Konzeption die dem Faschismus in Deutschland einen Modernisierungsschub für die 'moderne' westliche Zivilisation bescheinigt.

II. Konzentrationslager in Mecklenburg-Vorpommern

Kaum eine andere Institution steht symbolisch und tatsächlich so deutlich für den menschenverachtenden Terror der Nazis, wie das engmaschige Netz aus Konzentrations- und Vernichtungslager. Auch in Mecklenburg-Vorpommern gab es mehrere solcher Lager, von denen einige nur wenige Monate vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches errichtet wurden. Zwar wurden erst im späteren Verlauf des Krieges Außenlager auf dem Gebiet des heutigen MV errichtet, ihre Bilanz ist dadurch aber nicht weniger schrecklich.

Von „Wilden-“ zu „Konzentrationslager“

Nachdem die sogenannten „Wilden Lager“, die bereits kurz nach der Machtübertragung an die Nazis im ganzen Land errichtet worden waren, wieder geschlossen werden sollten, wurde die Errichtung der sogenannten Konzentrationslager beschlossen. Am 20. März 1933 hatte Heinrich Himmler, Reichsführer SS und damals kommissarischer Münchner Polizeipräsident, die Errichtung eines KZ für politische Gegner des Nationalsozialismus angekündigt. Auf dem Gelände einer ehemaligen Pulverfabrik bei Dachau sollte das erste dieser neuen Lager entstehen und schon einen Tag nach Himmlers Dekret trafen die ersten „Schutzhäftlinge“ ein. Damit legte Himmler den Grundstein für ein Imperium des Schreckens. Im Juni 1933 wurde Theodor Eicke, ein Nationalsozialist der ersten Stunde und mittlerweile ranghoher SS-Offizier, zum Kommandant des KZ Dachau ernannt. Er entwickelte das typische Lagerregiment, die äußere Organisation mit Wachtürmen, unter elektrischer Hochspannung stehenden Zäunen und die Richtlinien der Verwaltung, die schließlich in allen Konzentrationslagern bis zum Ende des Dritten Reiches Geltung hatten.

Außenlager auf dem Gebiet des heutigen MV

Zwar sind für das heutige Territorium Mecklenburg-Vorpommerns keine Stammlager bekannt, dennoch gab es eine Vielzahl von Außenlagerstandorte, die dem KZ Ravensbrück oder dem KZ Neuengamme unterstellt waren. Sie belegen die große Spannweite der Arbeits- und Existenzbedingungen für die Häftlinge in den Lagern. Sie reichen vom kleinen Außenkommando mit „Bibelforschern“ in einem Forschungsinstitut in Sassnitz bis zum Außenlager für die Heinkel Flugzeugwerke in Barth mit einer extrem hohen Sterberate. Einige Lager erhielten am Ende des Krieges die Funktion eines Auffanglagers für zahlreiche Standorte. Die Überbelegung der Lager mit gleichzeitig ausbleibender Verpflegung und medizinischer Betreuung ließ die Sterbezahlen in die Höhe schnellen. Beispiele dafür sind die Außenlagerstandorte Wöbbelin und Neustadt-Glewe. Für das KZ Ravensbrück konnten bisher die Existenz von 43 Außenlagern zwischen 1942 und 1945 nachgewiesen werden. Davon befanden sich vierzehn Standorte auf dem heutigen Gebiet MV's. Von den insgesamt 87 Außenlagern des KZ's Neuengamme befanden sich auf dem heutigen Territorium von Mecklenburg-Vorpommern vier. Die nur temporär eingesetzten Häftlingsgruppen auf dem Darß 1941 gehören zu den ersten Außenkommandos von Neuengamme. Zwei der Außenlager in Westmecklenburg, Boizenburg und Wöbbelin, sind sehr gut untersucht und markiert.

KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter*innen

1942 wendete sich das Kriegsgeschehen allmähig. Arbeitskräfte wurden zunehmend knapp im Deutschen Reich, weil immer mehr Männer zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Schon früh wurden Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit in den unterschiedlichsten Agrar- und Industriebereichen eingesetzt. Dennoch reichten die Arbeitskräfte nicht aus und es wurde fieberhaft nach weiteren Lösungen für die Engpässe gesucht. Eine mögliche Lösung war schnell gefunden. Nach der Übernahme der Inspektion der Konzentrationslager als Amtsgruppe D in das neu gebildete SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA) beschrieb der Chef des WVHA Oswald Pohl den beabsichtigten Funktionswandel des KZ-Systems in einem Brief an Heinrich Himmler vom 30.04.1942 folgendermaßen:

„Der Krieg hat eine sichtbare Strukturveränderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgabe hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert. Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein steht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert.“

Nach einem mehrere Monate andauernden Ringen zwischen SS, Industrie, Wehrmachtsbehörden und Rüstungsministerium einigte man sich im September 1942, KZ-Häftlinge zukünftig an die Rüstungsindustrie zu vermieten. Auf Grundlage des gerade genannten Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Fritz Saukel, 50.000 zivile Arbeitskräfte aus den besetzten Gebiete heranzuschaffen, scheiterten die Pläne Pohls die jüdischen Häftlinge als Arbeitskräfte einzusetzen. Die verbliebenen jüdischen Häftlinge wurden Ende 1942 aus den Konzentrationslager im Reich in die Vernichtungslager deportiert.

Auch Lager in Mecklenburg und Vorpommern als Teil des Holocausts begreifen

Für viele der bereits stark geschwächten jüdischen Häftlinge aus dem Osten verwandelten sich einige Lager in Sterbelager. Damit sind diese Außenlagerstandorte auch Schauplätze des Völkermords an den Juden Europas, der Sinti und Roma sowie anderer Opfergruppen. Die Häftlinge in diesen Lagern waren völlig rechtlos, der Willkür und Brutalität der SS ausgesetzt, mussten Zwangsarbeit leisten und lebten unter katastrophalen hygienischen Bedingungen mit einer völlig unzureichenden Versorgung an Nahrung und Medikamenten. Die Todesbedrohung war allgegenwärtig.

Am Kriegsende wurden die meisten dieser Lager aufgelöst, die Häftlinge auf Transporte in andere Lager wie Malochw, Neustadt-Glewe und Wöbbelin geschafft. Das führte zu einer unbeschreiblichen Überfüllung der noch bestehenden Lager, die Todeszahlen explodierten bis zur Befreiung durch die alliierten Truppen förmlich. Das Geschehen auf den Todesmärschen der KZ-Häftlinge von Sachsenhausen und Ravensbrück in Richtung Nordwesten sowie auf den Häftlingsschiffen in der Lübecker Bucht stellen das letzte Kapitel des faschistischen Terrors auf dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns dar. Mehrere tausend Menschen starben auch hier an der menschenverachtenden Behandlung durch die Aufseher*innen, der fehlenden Verpflegung und medizinischen Versorgung und in den letzten Wochen des Bestehen des Dritten Reiches während den Todesmärschen aus den bereits befreiten Lagern.

III. Hilfe für die „nationale Revolution“? – Die deutsche Wirtschaft und die Nazis

Hat die Großindustrie die Nazis an die Macht gebracht? Diese Frage ist von entscheidender Bedeutung, will man das faschistische Regime in Deutschland ab 1933 verstehen.

Viele Jahrzehnte wurde eine mögliche massive finanzielle Unterstützung der Nazis durch Wirtschaft und Industrie gleichgesetzt mit der Übertragung der Macht an die NSDAP. Beide Aspekte sind jedoch voneinander zu trennen. Zwar hatte die Industrie bis zu den großen Wahlerfolgen der NSDAP nach der Weltwirtschaftskrise 1930 relativ geringe Spendensummen an die Nazi-Partei getätigt – ihre politischen Kampagnen, die deutlich gegen linke Parteien und die Weimarer Ordnung ganz grundsätzlich gerichtet waren, halfen Hitlers Bewegung dennoch auf dem Weg zur Macht im Deutschen Reich.

Kontakte zur Industrie schon in den frühen 1920er Jahren

Schon die Vorgängerpartei der NSDAP, die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) erhielt Gelder von Gönner*innen jeder Art und insbesondere auch von Industriellen. Mit dem Scheitern des Putschversuches 1923 wandten sich jedoch nahezu sämtliche externen Geldgeber*innen wieder von

den Nationalsozialisten ab. Mitte der 1920er Jahre war die Partei fast vollständig auf Beiträge oder Eintrittsgelder angewiesen. Nur einzelne mittelständische Unternehmer wie der Klavierbauer Edwin Bechstein oder der Verleger Hugo Bruckmann griffen Hitler beim Neuaufbau seiner Partei finanziell unter die Arme. Ende des Jahres 1926 versuchten die Nationalsozialisten durch intensives Werben bei der Großindustrie neue Geldquellen zu erschließen. So verfasste Hitler unter anderem eine Schrift unter dem Titel „Der Weg zum Wiederaufstieg“, der gezielt unter Industriellen verbreitet wurde. In einem anderen Rundbrief an mehrere Großindustrielle warb die NSDAP 1927 offen um Geld. In dem Papier heißt es unter anderem:

„Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat auch den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums auf ihr Programm geschrieben. Durch die Begeisterung ihrer Anhänger und durch ihre straffe Organisation ist sie allein in der Lage, dem Terror von links wirksam entgegenzutreten. Leider ist das ohne bedeutende Geldmittel nicht zu machen. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als uns an die deutsch und deutsch-völkisch gesinnten Kreise aus Industrie und Handel mit der Bitte um Unterstützung zu wenden.“

Als Splitterpartei blieb die DAP und ihre Nachfolgepartei NSDAP jedoch für die Industrie bis zum überraschenden Wahlerfolg 1930 nach Beginn der Wirtschaftskrise relativ uninteressant.

Politische Kampagnen der Industrie ebneten der NSDAP den Weg

Obwohl die Spenden verschiedener Wirtschafts- und Industrieunternehmer*innen bis zur Machtübertragung eher gering ausfielen, trugen die politischen Kampagnen gegen die bürgerlich-demokratische Ordnung der Weimarer Republik und nicht zuletzt gegen linke Parteien und Gewerkschaften maßgeblich zum Aufstieg der NSDAP bei

Im Frühjahr 1930 arbeiteten verschiedene Großindustrielle auf einen Bruch der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller hin, die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik. Der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie (RDI) Carl Duisberg sprach damals offen aus, dass sein Verband „eine ganz andere Fahrtrichtung im kapitalistischen Sinne, nicht im sozialistischen Sinne“ anstrebte. Der Verband organisierte eine politische Kampagne, die im Dezember 1929 in der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ gipfelte. Hier sagten die Industriellen der Sozialpolitik der Weimarer Republik den offenen Kampf an. Sie forderten unter anderem den Reichshaushalt durch harte Sparmaßnahmen auszugleichen, gleichzeitig die Steuern für Unternehmer zu senken und Leistungskürzungen in der Arbeitslosenversicherung. Dass diese Forderungen damals nur gegen die Sozialdemokratie und die erstarkenden Kommunist*innen durchzusetzen waren, wurde wissentlich einkalkuliert. Die Installation der Regierung Brüning, die den Beginn der Präsidialkabinette markierte und eben die Politik des Haushaltsausgleichs und der Sozialkürzungen umsetzte, wurde vom RDI denn auch ausdrücklich begrüßt. Im Sommer 1930 drängten verschiedene Industrielle, jetzt endlich den Artikel 48 anzuwenden, der eine Gesetzgebung über Notverordnungen ohne Zustimmung des Parlaments erlaubte.

Ohne den Sozialabbau und die damit einhergehende Verarmung großer Teile der Bevölkerung wären die Wahlerfolge der NSDAP nur schwer möglich gewesen. Selbst Eberhard Kolb, ein ausgewiesener Gegner der These, die Großindustrie hätte die Nazis mit massiver finanzieller Unterstützung an die Macht gebracht, schrieb 2002:

„Das Unternehmerlager hat durch die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und die Hinneigung zu einem autoritären System die Auflösung der Weimarer Republik vorangetrieben und der Diktatur vorgearbeitet. Daher trägt die Industrie im allgemeinen und die Großindustrie im besonderen ein hohes Maß an Mitverantwortung für die Ermöglichung Hitlers und der NS-Herrschaft.“

IV. Mythos und Realität: Die „Geheime Staatspolizei“

Eine der wohl gefürchtetsten Adressen im NS-Reich lautete „Prinz Albrecht Straße 8“ in Berlin. Am Rande des Regierungsviertels residierte die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die im April 1933 gegründet wurde. Berüchtigt war die Gestapo vor allem für ihre brutalen Ermittlungsmethoden beim Verhör, um Gefangene durch Folter zu belastenden Aussagen zu zwingen. Ihr Zweck war einzig die Verfolgung von echten und vermeintlichen Staatsfeinden. In einer entsprechenden Gesetzes-Formulierung von 1936 hieß es dann auch wenig beschönigend:

„Die Geheime Staatspolizei hat die Aufgabe, alle staatsgefährdenden Bestrebungen im gesamten Staatsgebiet zu erforschen und zu bekämpfen, das Ergebnis der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten, die Staatsregierung zu unterrichten und die übrigen Behörden über wichtige Feststellungen auf dem Laufenden zu halten und mit Anregungen zu versehen.“

Gemeint war die Verfolgung Andersdenkender, wie Kommunist*innen und Sozialdemokrat*innen, Liberale und Demokrat*innen, die sich nicht mit dem NS-System anpassen wollten; gemeint waren aber auch Juden, Sinti und Roma, Freimaurer und unbeugsame Christen, Zigeuner*innen, Zeugen Jehovas, die den Wehrdienst verweigerten und alle anderen, die dem Regime missliebiger waren. Eine wichtige Rolle zur Informationsgewinnung spielten sogenannte „Vertrauensleute“ (V-Leute), „zivile Maulwürfe“ im staatlichen Auftrag. Die meisten Menschen denunzierten andere aus privaten Interessen oder niederen Beweggründen wie Neid, Rache, Zorn, Hass oder Missgunst. Typische Denunzianten blieben anonym – aus Feigheit oder Angst. V-Leute wurden von der Gestapo hauptsächlich in den gegenüber dem Nationalsozialismus resistenten Gruppen wie der sozialdemokratisch oder kommunistisch geprägten Arbeiterschaft oder katholischen Kreisen geworben.

Zusammenschluss zum Reichssicherheitshauptamt

Aus Sicht der Gestapoführung waren Polizei und Verwaltung nicht nur der verlängerte Arm der Verfolgungsbehörde vor Ort, sie gehörten zum Verfolgungsnetzwerk dazu. Wie wichtig die normale Polizei für die Unterstützung staatspolizeilicher Aktionen war, zeigte sich schon kurze Zeit nach der nationalsozialistischen Machtübertragung. Die frühen Beschlagnahmungsaktionen kommunistischen und sozialdemokratischen Vermögens sowie die anschließenden Verhaftungen wären ohne die massive Unterstützung von herkömmlichen Polizeieinheiten gar nicht möglich gewesen. So war die Zusammenlegung der Gestapo mit anderen Geheim- und Sicherheitsbehörden des Dritten Reiches nur eine logische Folge. Am 27. September 1939 wurden die Gestapo und die Kriminalpolizei als Teile der Sicherheitspolizei mit dem Sicherheitsdienst (SD) zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zusammengefasst. Die Gestapo trat ab diesem Zeitpunkt unter dem Namen Abteilung IV des RSHA mit der Bezeichnung „Gegnerbekämpfung“ auf und arbeitete neben den Abteilungen für „Gegnerforschung“, „Deutsche Lebensgebiete“ und dem ehemaligen Auslandsdienst, die alle aus dem SD hervorgegangen waren. Die Gestapo war damit bis zu ihrer Auflösung nach dem Ende der Nazi-Herrschaft Teil eines Machtapparats geworden, in dem die Unterscheidung zwischen eigentlicher Polizeibehörde und den zur Schutz Staffel (SS), also einer politischen Organisation, gehörenden Organisationseinheiten fast unmöglich wurde.

V. Frauen im Dritten Reich: der „Bund deutscher Mädel“ (BdM)

Die Erziehung der Mädchen war dem Ideal der künftigen Mutterschaft ausgerichtet, höhere Schulbildung wurde teilweise, Koedukation vollständig abgelehnt. Soziale und politische Emanzipation, wie sie von den Frauen im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik ein Stück weit errungen worden war, wurde durch die Ideologie der Nazis und später per Gesetz verhindert.

„Wir empfinden es nicht als richtig, wenn das Weib in die Welt des Mannes, in sein Hauptgebiet eindringt, sondern wir empfinden es als natürlich, wenn diese beiden Welten geschieden bleiben. In die eine gehört die Kraft des Gemütes, die Kraft der Seele! Zur anderen gehört die Kraft des Sehens, die Kraft der Härte, der Entschlüsse und die Einsatzwilligkeit! [...] Das Wort von der Frauen-Emanzipation ist nur ein vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort, und der Inhalt ist von demselben Geist geprägt. Die deutsche Frau brauchte sich in den wirklich guten Zeiten des deutschen Lebens nie zu emanzipieren, sie hat genau das besessen, was die Natur ihr zwangsläufig als Gut zur Verwaltung und Bewahrung gegeben hat.“

... erklärte Adolf Hitler in einer Rede nur wenige Monate nach der Machtübertragung. Der NS-Staat war eine Männergesellschaft, in der Frauen faktisch keine Rolle spielten. Die Frau wurde auf ihrer Rolle als Mutter und vermeintliche Hüterin des Heims, als Erzieherin der Kinder, als dem Mann untertane Ehegefährtin, die sich durch „Fortpflanzungsverweigerung“ oder Unfruchtbarkeit schuldig machen konnte, reduziert.

Politische Rechtlosigkeit und geheuchelte Wertschätzung

Die Erziehung der Mädchen war dem Ideal der künftigen Mutterschaft ausgerichtet, höhere Schulbildung wurde teilweise, Koedukation vollständig abgelehnt. Soziale und politische Emanzipation, wie sie von den Frauen im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik ein Stück weit errungen worden war, wurde durch die Ideologie der Nazis und später per Gesetz verhindert. Der politischen Rechtlosigkeit der Frauen wurde eine mantraartig vorgebrachte Idealisierung der Mutterschaft entgegengesetzt. Der 1934 eingeführte Muttertag gehörte fest ins Feierjahr der Nazis und der ab 1938 verliehene Orden der NSDAP „Ehrenkreuz der deutschen Mutter“ sollte einmal mehr von der Emanzipationsfeindlichkeit der Männer ablenken. Die Auszeichnung wurde in Bronze für vier bis sechs Kinder, in Silber für sechs bis sieben Kinder und in Gold für acht und mehr Kinder verliehen, und zwar bis November 1944 nur an reichsdeutsche, dann auch an volksdeutsche Mütter. Überlegungen, die Auszeichnungen mit einem Ehrensold zu verbinden, wurden aus finanziellen Erwägungen nicht realisiert.

Der „Bund deutscher Mädel“ (BdM)

Die bekannteste, wenn auch nicht einzige, Frauenorganisation im Dritten Reich war der „Bund deutscher Mädel“ (BdM). Obwohl er bereits 1930 gegründet wurde, entwickelte sich dieser Frauenbund erst nach der Machtübertragung als untergeordneter Teil der Hitler-Jugend (HJ) unter dem „Reichsjugendführer“ Baldur von Schirach zu einer Massenorganisation. Im BdM, der 1939 zur Staatsorganisation wurde, galt vor allem für Mädchen von 14 bis 18 Jahren Dienstpflicht. Die Teilnahme an Heimabenden, Sportnachmittagen, Lagern-Fahrten und anderen Veranstaltungen war gesetzlich vorgeschrieben und bildete einen wichtigen Eckpfeiler der nationalsozialistischen Indoktrinierung und Erziehung der weiblichen Jugend zu „Trägerinnen der nationalsozialistischen Weltanschauung“, wie es Baldur von Schirach ausdrückte.

Der BdM war in der Ausbildung von Frauenberufen (wie beispielsweise Hauswirtschaft, Pflege und Landwirtschaft) engagiert und wurde sozialpolitisch zur Linderung des Arbeitskräftemangels instrumentalisiert. Beispiele hierfür sind der „Landdienst“ der HJ für das Hilfswerk „Mutter und Kind“

und die seit 1934 vom BdM, deutschen Frauenwerk und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung getragene Einrichtung „Das hauswirtschaftliche Jahr“. Allein 1937 wurden rund 25.000 Mädchen als Haushaltshilfen im Deutschen Reich vermittelt worden. Nach Kriegsausbruch nahm der BdM im großen Stil am „Kriegseinsatz der Hitlerjugend“ teil. An die Stelle von Pflegekräften, die in Frontlazarette versetzt wurden, traten BdM-Mädchen in Krankenhäusern und Heimatlazaretten. Sie wurden als Erntehelferinnen in der Heimat und im „Osteinsatz“ im besetzten Polen in Anspruch genommen, waren als Wehrmachtshelferinnen tätig, ersetzten das Personal in den Verkehrsbetrieben der Großstädte oder betreuten im Rahmen der Kinderlandverschickung evakuierte Kinder.

VI. Faschismus als Sprungbrett in die moderne Gesellschaft? – Zum Forschungsstand einer Debatte

Immer wieder wird darüber diskutiert, ob und inwiefern faschistische Regime in Europa einen Anteil am Entstehen „moderner“ Gesellschaften hatten. Insbesondere das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutsche Reich werden im Zuge dieser Modernisierungsdebatte beleuchtet. Unterschiedliche Vertreter*innen der Wissenschaft interpretieren den Faschismus als gewaltsamen Versuch einer beschleunigten Modernisierung oder gegensätzlich als Revolte gegen die Moderne, die an dieser Stelle aufgezeigt und teilweise bewertet werden sollen.

Borkenau & Dahrendorf: Faschismus als Schub in die moderne Gesellschaft?

Der Modernisierungsansatz geht auf Franz Borkenau zurück, der bereits 1933 von der verspäteten und überhasteten Entwicklung des Kapitalismus in Italien und Deutschland ausgehend den Faschismus als eine Art von Entwicklungsdiktatur interpretierte. Faschismus ist für ihn eine immanente Notwendigkeit des industriellen Systems, um vorhandene „Störungen“ zum Aufbau eines „modernen“ Staates zu beseitigen und das Funktionieren des Staatsapparates sowie des industriellen Fortschritts zu garantieren.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges befasste sich Ralf Dahrendorf mit der Thematik und baute die Theorie aus. Der Nationalsozialismus habe laut Dahrendorf „die in den Verwerfungen des kaiserlichen Deutschlands verlorengegangene, durch die Wirrnisse der Weimarer Republik aufgehaltene soziale Revolution vollzogen“. Ihr Kern sei „der brutale Bruch mit der Tradition und Stoß in die Modernität“, und Hitler habe die dazu notwendige „Transformation der deutschen Gesellschaft“ bewirkt.

Beide sehen also die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen, die durch faschistische Regime erwirkt wurden, einen deutlichen Entwicklungsschub für die künftigen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Modernisierungsansätze versuchen den Nachweis zu führen, dass die in Deutschland nicht erfolgte bürgerliche Revolution unbewusst von den Nazis durch die Zerstörung feudaler und traditionaler, die Entfaltung der Demokratie in der Weimarer Republik behindernder Strukturen, herbeigeführt wurde. Dies gilt den Modernisierungstheoretikern als Voraussetzung für die stabile Demokratie der Bundesrepublik nach 1949. Die Anschlussfähigkeit des Dritten Reiches an die bürgerliche Demokratie – die allgemein als „die moderne Gesellschaft“ angesehen wird – sah Dahrendorf 1949 darin, dass die traditionellen Hindernisse in der deutschen Sozialstruktur nach dem Ersten Weltkrieg, welche das Scheitern der Weimarer Republik vorprogrammierten, von den Nazis beseitigt worden war.

Umberto Eco, Henry A. Turner und co.: Technologischer Fortschritt und gesellschaftlicher Rückstand

Die Theorie der Modernisierung durch faschistische Regimes stehen jedoch starke Argumente und Thesen entgegen, die sich nicht ignorieren lassen. Zwei der bekanntesten Kritiker*innen der

Modernisierungstheorie nach Dahrendorf sind Umberto Eco und Henry Ashby Turner. So schreibt Eco:

„Sowohl Faschisten als auch Nazis huldigten dem technologischen Fortschritt, während traditionalistische Denker diesen für gewöhnlich als Negation von traditionellen geistigen Werten ablehnen. Jedoch selbst wenn der Nazismus stolz auf seine industriellen Errungenschaften war, war dessen Lob der Moderne nur die Oberfläche einer Ideologie, die auf „Blut und Boden“ basierte.“

Als Essenz des Faschismus sieht Turner sogar „eine Revolte gegen die moderne Industriegesellschaft und den Versuch, eine ferne mythische Vergangenheit zurückzuerobern.“ Um ihre fortschrittsfeindlichen Ziele verfolgen zu können, hätten Nazis zwangsläufig eine industrielle Kriegsmaschinerie aufbauen müssen, jedoch hätten sie alles andere als eine Modernisierung der deutschen Gesellschaft beabsichtigt. Jeffrey Herf konstatiert schließlich, der Nationalsozialismus habe Modernisierungsprozess in Deutschland angehalten und nicht gefördert.

Tatsächlich sind die empirischen Befunde, die gegen eine Modernisierungstendenz des Dritten Reiches sprechen, ernüchternd. Beispielsweise setzt die Liberalisierung der Familienstruktur erst in der Bundesrepublik ein. Bei der Elitenrekrutierung wurden ebenfalls moderne Kriterien erst nach 1945 wieder relevant. Auch spricht das empirische Material dagegen, dass sich die Chancengleichheit zwischen Männern im Dritten Reich vergrößerte.

Jens Albert stellte fest, dass „erst die Zerstörung des nationalsozialistischen Regimes, die darauf folgende Teilung Deutschlands, die die Sozialstruktur der BRD in die Kultur-, Wirtschafts-, und Verteidigungsgemeinschaft des Westens [...] die Grundlagen für eine erfolgreiche Modernisierung des Landes“ schufen, „die einen radikalen Kontinuitätsbruch mit der deutschen Vergangenheit darstellt“.

Aus diesem Ansatz ergibt sich Frage: Ist der Faschismus eine von außen auf die deutsche Geschichte einwirkende Kraft oder ist er ein Resultat der deutschen Geschichte?

Wolfgang Schieder: Kriterien für modernisierungstheoretische Fragestellungen

Die eigentliche Frage muss lauten, wie der Nationalsozialismus in den Gang der Moderne einzuordnen ist. Und dies kann nicht intentionalistisch bestimmt werden. „Modernisierung“ ist theoretisch gesehen nicht von politischen Entscheidungsprozessen abhängig. Sie vollzieht sich nicht wegen, sondern vielmehr trotz dieser.

Für die modernisierungstheoretische Bewertung der Zeit des Dritten Reiches ist darüber hinaus entscheidend, was sich in sozialpolitischer Hinsicht tatsächlich verändert hat. Dabei sind dreierlei Dinge zu berücksichtigen. Zum einen lassen sich modernisierungstheoretische Fragestellungen nur über Langzeituntersuchungen beantworten. Die Epoche des Dritten Reiches ist für sich genommen zu kurz, um über gesellschaftliche Veränderungsprozesse Auskunft geben zu können.

Zum anderen geht man von falschen Voraussetzungen aus, wenn man „Modernisierung“ als einen linearen Prozess ansieht, der irgendwann zum Ziel kommt. Anstatt immer nur die Fortschrittsfrage zu stellen, ist es viel sinnvoller, den Faschismus als ein Krisenprodukt der Moderne zu verstehen. Letztens schließlich liegt auf der Hand, dass Modernisierungsprozesse nur in historischer Vergleiche mit anderen Gesellschaften untersucht werden können. Die sozialwissenschaftliche Theorie ist hier durchweg wertend verfahren. Versuche einer objektiven analytischen Herangehensweise fehlen oft völlig. Die westlich-bürgerlichen Demokratien galten lange als das Maß aller Dinge. Weiter wurde oft behauptet, dass sie eine global gültige Schablone lieferten, an dem sich alle anderen Gesellschaften orientieren sollten. Beides ist längst fragwürdig geworden, das heißt aber nicht, dass damit die ganze Modernisierungstheorie in Gänze falsch wäre.

Faschismus: Modernisierung oder Ausdruck einer Krise?

Nun wird immer wider behauptet, dass der Faschismus ungeachtet seiner eigenen Zielstellung wider

Willen doch „modern“ gewesen sei. Und selbstverständlich war der Faschismus Teil der „Moderne“ – was sollte er im 20. Jahrhundert auch anderes sein?! Die bloße Einordnung in einen zeitlichen Rahmen reicht aber nicht aus, um von einer Moderne im Sinne einer fortschrittlichen Gesellschaft zu sprechen.

Italien und Deutschland gelten als sogenannte „verspätete Nationen“, die Prozesse der „nationalen Identitätsfindung“, der „politischen Verfassungsfindung“ und des „wirtschaftlichen Strukturwandels“ setzten in diesen beiden Ländern später ein, als anderswo. In dieser Dreifach-Krise kann der Ursprung des Faschismus gesucht werden. Er war die politische Antwort auf eine nicht zu bewältigende Modernisierungskrise. Er ist daher auch nicht unter dem Aspekt der Modernisierung, sondern unter dem einer Modernisierungskrise zu diskutieren.

Oft wird auf alle möglichen Entwicklungen verwiesen, welche sich in Italien und Deutschland in faschistischer bzw. nationalsozialistischer Zeit trotz allem vollzogen hätten. Solchen Ansichten kann nur schwer gefolgt werden, da es nahezu unmöglich ist, festzustellen, was sich ohne, gegen oder mit dem Faschismus entwickelt hat bzw. hätte. Selbst wenn es gewisse Teilmodernisierungen gegeben hat, muss doch immer die Frage gestellt werden, ob nicht ein ungleich größerer Modernisierungsschub möglich gewesen wäre, wenn man nicht den faschistischen Weg gegangen wäre.

Das scheinbar Moderne am Faschismus ist sein politischer Stil: die Ausnutzung der Technik und der Medien, vom Auto und Flugzeug bis zum Rundfunk. Der scheinbar moderne Habitus des Faschismus beider Gestalt führt deshalb nicht an dem Urteil vorbei, dass beide in ihren Ländern das „Projekt der Moderne“ auf verhängnisvolle Weise gestört haben.

Impressum

Herausgegeben vom *Infoportal für antifaschistische Kultur und Politik aus Mecklenburg-Vorpommern (INO)*

V.i.S.d.P.: *J. Krude*

Kontakt: *infordost[at]systemausfall.org*

Internet: *http://ino.blogspot.de/*

Der Druck wurde ermöglicht durch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bnd der Antifaschist*innen (VVN-BdA) Mecklenburg-Vorpommern.

Informationen zur Arbeit der VVN-BdA MV e.V. gibt es im Internet unter *http://mv.vvn-bda.de/* und auf *http://facebook.com/antifa.mv*

8. Mai 2016: Nazis in Demmin blockieren!

Infos unter: ino.blogspot.de
Facebook: portamordost | Twitter: inonordost

